

# ISOR aktuell

Nr. 2/99 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Februar 1999

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

## Regierung gefordert:

# UNO-Empfehlung durchsetzen!

Der Vorstand von ISOR e.V. wandte sich bereits im Oktober 1998 an den Bundeskanzler, den Bundesarbeitsminister und dessen Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Ulrike Mascher, sowie an die Fraktionsvorstände von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Forderung nach Aufnahme der vollen Wiederherstellung der politisch-moralischen Wertneutralität des Renten- und Sozialrechts in das Regierungsprogramm. Er verwies auf den Gesamtumfang des zu beseitigenden Unrechts, auf die für alle Betroffenen drängende Zeit und auf eine hoffentlich letztmalige und endgültige Änderung des AAÜG.

Die Antworten, „daß sich die neue Bundesregierung auch der Problematik der Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR in die Rentenversicherung annehmen werde“, aber „die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in die erforderliche Problem-diskussion einbezogen werden müsse“ veranlaßte den Vorstand, sich im Januar 1999 erneut – mit Bezug auf die Empfehlung des UNO-Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte zur Beendigung der Diskriminierung früherer Staatsdiener der DDR (siehe ISOR aktuell 1/99) – an den Bundeskanzler und an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung zu wenden. ISOR macht darin darauf aufmerksam, daß die Zeit zur Aufhebung aller rentenstrafrechtlichen Regelungen und versorgungsrechtlichen Benachteiligungen dränge. „Zu viele haben bereits die Herstellung von Rentengerechtigkeit nicht mehr erleben können. In den letzten vier Jahren betrifft das 1399 Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft. Ihre anspruchsberechtigten Hinterbliebenen tragen mit ihren von der Strafrente abgeleiteten Witwen-/Witwerrenten und Waisenrenten weiterhin an den Auswirkungen dieses Unrechts. Andere müssen aufgrund ihres hohen Alters und ihres Befindens befürchten, die Herstellung von Gerechtigkeit nicht mehr zu erleben. Wer erst in den nächsten Jahren in das Rentenalter eintritt, lebt unter dem ständigen Druck der ihm angedrohten Rentenkürzung. ... Wir hoffen, daß Ihre Regierung die Feststellungen der Vereinten Nationen als richtig anerkennt und bemüht ist, Gerechtigkeit herzustellen.“

ISOR erklärte zugleich die Bereitschaft, bei der Suche nach Lösungswegen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligungen aktiv mitzuwirken.

Dabei steht ISOR in ihren Anstrengungen nicht allein. So informierte der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund den Vorstand von ISOR über ein Schreiben seines Bundesvorsitzenden, Herrn Heinz Werhahn, an den Bundeskanzler, in dem es mit Bezug auf die Empfehlungen des Komitees der Vereinten Nationen u.a. heißt:

„... Wir wenden uns in dieser Frage direkt an Sie, weil Sie die Zukunft der Mitmenschen in den neuen Ländern im Wahlkampf zur 'Chefsache' erklärt haben. Außerdem sollte die Feststellung der Vereinten Nationen, daß in Deutschland Menschenrechte verletzt werden, den Regierungschef alarmieren und zum Eingreifen veranlassen. ... Wir haben diesen Feststellungen der Vereinten Nationen nur hinzuzufügen, daß sie mit Forderungen, die unser Verband ... seit langem erhoben hat, in vollem Umfang übereinstimmen. Peinlich ist allenfalls, daß die Verantwortlichen in unserem Lande alle derartigen Hinweise bisher konsequent überhört haben, so daß jetzt sogar die UN die Bundesrepublik Deutschland ermahnen müssen, die Menschenrechte zu beachten.“

Wir bitten um Ihre Stellungnahme, ob Sie die Feststellungen der Vereinten Nationen ... als richtig anerkennen und ob Ihre Regierung sich darum bemühen wird, die von den UN festgestellten Beanstandungen zu beseitigen.“

### Zitat des Monats

**„Politikwechsel ist keine Sache des Hoffens und Erwartens, sondern der Auseinandersetzung, des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes.“**

Hans Modrow

Mit ähnlichen Schreiben wandte sich der Bundesvorsitzende des BRH auch an die Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer.

Der Bundesgeschäftsführer des BRH, Herr Dr. Herbert Bartsch, beantwortete im Zusammenhang mit dieser BRH-Initiative Fragen der Zeitung „junge Welt“, die schon im Dezember als erste die Forderungen des UNO-Komitees publizierte.

Dr. Bartsch erklärte in dem Interview mit der „jungen Welt“ vom 9./10. Januar 1999 u.a.:

„Die Vereinten Nationen haben die Bundesrepublik Deutschland gerügt, weil sie unverhältnismäßig viele Menschen aus bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes der DDR nicht in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik übernommen hat. Dieser Vorgang ist in dieser Form in neuerer Zeit einmalig. Hinzu kommt, daß diese Betroffenen für den Verlust ihres Arbeitsplatzes weder einen angemessenen Ausgleich noch eine hinreichende Altersversorgung erhalten...“

Wir fordern wie die Vereinten Nationen die Beachtung der Menschenrechte in der Bundesrepublik und die Beseitigung der Ungleichbehandlung. ...

Ich bin fest davon überzeugt, daß es keine Ruhe geben wird und daß auch ein wirkliches Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands nicht möglich ist, so lange in unserem Land ganze Gruppen von Menschen auf die Seite gestellt werden ... Und heute sind sie zu alt, um noch einmal selbst Ansprüche für eine angemessene Altersversorgung anzusparen. ...

Man muß dafür sorgen, daß ein Professor nicht weniger Rente bekommt, als seine frühere Sekretärin. ...“

Befragt nach seinen Forderungen in bezug auf die Beschäftigten im Ministerium für Staatssicherheit, lautete die Antwort von Dr. Bartsch, der auch einen Betroffenen dieses Personenkreises auf der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 21. Juli 1998 anwaltlich vertreten hat:

„Das ist ein weiteres Problem. Die früheren Mitarbeiter des MfS werden schon bei den Renten derart benachteiligt, daß sich für sie die Problematik einer angemessenen Altersversorgung momentan viel kritischer darstellt. Es wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten sein.“

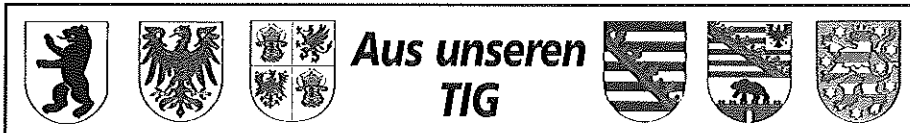
In die Reihe der Bemühungen um Beseitigung bestehenden Unrechts sind auch Anstrengungen des **Beamtenbundes** einzureihen, die aus der Monatszeitung des BRH „Im Ruhestand“ Nr. 12/98 hervorgehen:

„Ich glaube nicht, daß die Korrekturen des RÜG zustande gekommen wären, wenn sich der BRH nicht so nachdrücklich für diesen Personenkreis eingesetzt hätte“, hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Herr Erhard Geyer, im Verlauf einer Diskussion mit Vorstandsmitgliedern der BRH-Landesverbände (Ost) in Hahnenklee im Harz erklärt.

Kritisch wertete er die anfängliche Zurückhaltung von Gremien des Beamtenbundes zu diesen Fragen, die aber recht schnell ausgeräumt worden sei. „In der Folgezeit hat der DBB alle Initiativen des BRH zur Korrektur des RÜG nachdrücklich unterstützt und durch eigene ergänzt“, betonte Geyer. Sobald die Entscheidung des BVerfG vorliege, werde man sich gemeinsam mit dem BRH dafür einsetzen, daß der Gesetzgeber die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehe.

Für jeden von uns sollte selbstverständlich sein, in der eigenen Aktivität nicht hinter der solidarischen Parteinahme des BRH zurückzustehen.

Allen ISOR-innen die herzlichsten Grüße anlässlich des Internationalen Frauentages



Die TIG **Guben** organisierte eine öffentliche Lesung Hans Modrows aus seinen Büchern „Ich wollte ein neues Deutschland“ und „Perestroika – wie ich sie sehe“ und bot einen erlebnisreichen spannenden Abend.

Ermutigend war für unsere Mitglieder und die große Zahl der Gäste seine Vision der gesellschaftlichen Perspektive. Den Gruß von ISOR an ihn beantwortete er mit seinem Lebensmotto: „Kein Treibholz sein im Strom der Zeit!“ Er empfahl, unsere Bemühungen um Renten- und soziale Gerechtigkeit geschlossen und verstärkt fortzusetzen.

Um das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter zu festigen, organisierte die TIG **Gera** (Untergruppe **Lusan**) einen Wochenendausflug mit PKW nach Spicak im südlichen Böhmerwald. Bei gemütlichem Zusammensein und bei Wanderungen wurden Gedanken ausgetauscht und die Solidarität im Kampf um Rentengerechtigkeit gestärkt. Skatturniere und Wanderungen in der näheren Umgebung unserer Stadt sind weitere Initiativen, die uns in unserem Kampf Kraft und Ausdauer verleihen. **Werner Wunder**

Unmittelbar nach der Wahl zum Bundeskanzler hat der Vorstand der TIG **Berlin-Weißensee** Gerhard Schröder gratuliert. Zugleich haben wir darum gebeten, alsbald das erforderliche Gesetzgebungsverfahren zur restlosen Beseitigung noch bestehenden Rentenstrafrechts und Versorgungsunrechts einzuleiten und damit die Wiederherstellung der Wertneutralität des deutschen Sozialrechts herbeizuführen. Wir verwiesen darauf, daß es keinen Grund zur Verzögerung, kein Abwarten auf das Urteil des BVerfG geben dürfte.

Wir haben alle Mitglieder aufgerufen, sich mit Schreiben an die SPD-Politiker zu wenden, die ihnen in den zurückliegenden Jahren Hilfe und Unterstützung zugesagt haben. Ferner wird sich jeder Kassierer an die Fraktion der SPD im Bundestag wenden und die Einhaltung der Versprechen der SPD zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts und Versorgungsunrechts anmahnen. **Günther Kelp**

Die TIG **Zeitz** wandte sich an den Petitionsausschuß des Bundestages: „Wir haben aufmerksam die Sitzung des UNO-Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte und deren Aufforderung an die Bundesregierung vom Anfang Dezember 1998 verfolgt. Dieses Komitee macht darauf aufmerksam, daß in der Bundesrepublik Deutschland 1,5 Millionen Menschen durch Berufsverbote und die Nichtgewährung von Renten und Versorgungsansprüchen in ihrer Altersversorgung geschmälert sind ... Obwohl gegenwärtig unsere Hoffnungen auf volle Anerkennung unserer Altersversorgung in dem zu erwartenden Urteil des BVerfG liegen, möchten wir uns mit unserer Bitte einer allsei-

tigen und schnellen Regelung, Korrektur und Herauslösung von Strafnormen aus dem Rentenrecht an Sie und ihre Ausschußmitglieder wenden.“

Die TIG **Wolgast** führte am 19. Januar eine Mitgliederversammlung durch, an der das Vorstandsmitglied Dr. Dietrich Richter teilnahm. Er ging auf die veränderte politische Lage in der BRD, insbesondere auch in Mecklenburg-Vorpommern, ein. Es komme jetzt darauf an, unsere Chancen voll zu nutzen, um bessere Perspektiven in unserem Kampf zur Lösung unserer Rentenfragen zu erhalten. Er verdeutlichte die große Bedeutung der aktiven Brief- und Petitionsarbeit gegenüber dem Bundestag und dem Landtag in Schwerin.

Die TIG **Wolgast** sandte ein Schreiben an Bundeskanzler Schröder, um Versprechungen aus der vergangenen Bundestagsperiode einzufordern. Weitere Briefe sind in Vorbereitung.

Der Vorstand beabsichtigt, erneut ein Gespräch mit dem Kreisvorstand der SPD in Wolgast zu organisieren und dazu wieder den Bundestagsabgeordneten, Herrn Braune, einzuladen.

Ein weiteres Vorhaben der TIG ist es, eine Sitzung des Runden Tisches der sozialen Verbände in Wolgast zur Rentenreform zu organisieren und dazu die Sozialministerin, Frau Dr. Martina Bunge, sowie Vertreter der BfA Neubrandenburg einzuladen. **Werner Najmann**

**Mitgliederstand ISOR**  
(per 31.12.1998)  
auf  
**26001**  
angewachsen

Die Mitglieder der TIG **Wurzen** verbindet feste Solidarität. Es werden regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt. Zuletzt trafen wir uns zu einer Bootsfahrt auf der Mulde. Wir betrachteten die idyllische Landschaft des Muldentals und diskutierten über das noch bestehende Rentenunrecht ... Vor wenigen Tagen berieten unsere Mitglieder wieder über erforderliche Maßnahmen. Sie wollen in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, bis die neue Regierung dieses Rentenstrafrecht aufhebt.

**Willi Lorenscheid / Fritz Lindner**

★

Viele TIG nahmen den Jahreswechsel zum Anlaß, Bilanz ihrer Arbeit im Jahre 1998 zu ziehen. So u. a. die TIG **Beeskow, Pöbneck, Gardelegen, Güstrow, Plauen, Gera, Wanzleben, Frankfurt/Oder und Dessau**. Sie verbanden dies mit Festlegungen von Aufgaben für 1999 und mit dem Dank an Prof. Azzola, die RA **Bleiberg und Schippert** sowie den Vorstand.

**Willi Zeige** aus **Beeskow** schreibt: „Erstmals zum Jahresausklang 1998 organisierten wir gemeinsam mit unseren Ehepartnern eine Veranstaltung. Wir sind der Auffassung, daß auch unsere Ehepartner Betroffene des Rentenstrafrechts sind und uns in den vielen Jahren begleitet und unterstützt haben, die Ziele von ISOR umzusetzen. Unsere Veranstaltung war eine gelungene Bereicherung in unserem Vereinsleben. Alle Mitglieder und Ehepartner haben sich besser kennengelernt, das Zusammengehörigkeitsgefühl wurde gefestigt. Es wurde der Wunsch nach noch vielseitigerem Vereinsleben geäußert. Deshalb werden wir auch 1999 Veranstaltungen durchführen, die unseren Zusammenhalt festigen und der Solidarität dienen und haben uns vorgenommen, weitere Mitglieder zu gewinnen.“

### Das erste Jahr der TIG Gardelegen

„Im Dezember 1997 erfolgte die Gründung der TIG Gardelegen. Bis dahin gab es nur wenige Mitglieder, die den TIG **Salzwedel** und **Stendal** angehörten. Nach intensiven Gesprächen mit ehemaligen Angehörigen der NVA, des MfS und der VP wurde die TIG mit 10 Mitgliedern gebildet und der Vorstand gewählt. Durch Einladungen zur Teilnahme an unseren Veranstaltungen konnte im Verlauf des Jahres die Mitgliederzahl auf 25 erhöht werden. An unseren Zusammenkünften, welche durch die Regionalpresse als öffentliche Veranstaltungen angekündigt wurden, nehmen regelmäßig Mitglieder der GBM und GRH teil. An zwei Veranstaltungen nahm Frau **Albrecht** (Versicherungsälteste und Expertin für Rentenrecht) aus Magdeburg teil.

Im November wurde festgelegt, mit Forderungen zur Aufhebung des Rentenstrafrechts an Persönlichkeiten der neuen Bundesregierung sowie an den Petitionsausschuß heranzutreten. Als nächstes haben wir vorgesehen, uns mit Briefen an ehemalige Angehörige der NVA, des MfS und der VP zu wenden, um sie mit dem Anliegen und den Zielen von ISOR e.V. bekannt zu machen und sie als Mitglieder zu gewinnen.“

**Ernst Niemann**

„In freimütiger Aussprache werteten die Mitglieder der TIG **Güstrow** das gemeinschaftlich Erreichte und steckten Ziele und Aufgaben 1999 ab. Sie stellten fest, daß sich der Kampf in ISOR gelohnt hat. Ohne unsere Geschlossenheit wären wir sozialrechtlich unwiderruflich „Bodensatz“, wie es der ehem. Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, **Seite**, formulierte. Das wurde, auch dank der guten Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, nicht zugelassen. Unsere vorherrschende Meinung ist: ISOR ist eine soziale und berechenbare Größe im politischen Alltag. Die Anhörung vor dem BVerfG hat den Gerechtigkeitsinn der Mitglieder mit einer Portion Optimismus auf Erfolg untersetzt. Für 1999 werden unsere Anstrengungen zur strukturellen und personellen Stärkung noch innovativer sein. Einhellig ist die Auffassung: Verpflichtungen werden erfüllt. Weitere Mitglieder gewinnen.“

Fortsetzung auf Seite 3

## Fortsetzung von Seite 2

nen, mit dem Haushalt qualifiziert wirtschaften, Kultur und Sport angemessen betreiben, die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden im Territorium vertiefen, die Öffentlichkeitsarbeit noch sinnvoller gestalten – das werden einige Schwerpunkte unserer Arbeit sein.“

Walter Krüger

In dem Schreiben des Vorsitzenden der TIG Gera, Willi Nießen, heißt es u. a.: „Die 1997 vorgenommene Aufteilung in drei Teilgruppen hat sich bewährt. Das gesellschaftliche Leben in den Gruppen und mit den Mitgliedern sowie die Werbung neuer Mitglieder konnte verbessert werden. 1998 konnten 53 neue Mitglieder gewonnen werden, kein Mitglied ist ausgetreten, nur ein Mitglied wurde wegen Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen gestrichen.

Durch die Untergruppen wurden, wenn auch differenziert, Busfahrten, Wanderungen, Skatturniere durchgeführt. Es wurden zwei größere Veranstaltungen durchgeführt. Im ersten Halbjahr eine Veranstaltung mit anderen Verbänden zum Thema: „Wie werden die sozialen Menschenrechte in der BRD verwirklicht?“ und im zweiten Halbjahr eine Veranstaltung mit MdB Dr. Ruth Fuchs, die versicherte, sich weiterhin im Bundestag konsequent für die Beseitigung des Rentenstrafrechts einzusetzen.“

Karl-Heinz Jaensch, TIG Plauen/Oelsnitz, schreibt u. a.: „Im Vorstand sind wir uns einig, daß trotz der noch ausstehenden Entscheidung der Karlsruher Verfassungsrichter das zurückliegende Jahr als positiv einzuschätzen ist. Wir haben erreicht, daß das BVerfG zu einer Reihe anliegender Klagen und Beschwerden die strittigen Parteien anhörte und Prof. Azzola die

Rechtsauffassung des Gesetzgebers als politisch motiviert erschütterte und als unvereinbar mit dem Grundprinzip der politisch-moralischen Wertneutralität des Sozialrechts darstellte ...

Wir möchten Vorstand und Beirat wissen lassen, daß wir voll hinter der rechtspolitischen Strategie und praktischen Politik auch in Bezug auf unsere Bündnispartner stehen und weiterhin unseren Beitrag leisten wollen, um für alle ehemaligen DDR-Bürger soziale Gerechtigkeit, rechtliche Gleichstellung sowie einen Verzicht auf weitere Diskriminierung und strafrechtliche Verfolgung zu erstreiten.“

K. Pries, TIG Dessau schrieb: „Unsere bisherigen Aktivitäten lassen uns hoffen, mehr nicht. Wir hoffen schon bald zehn Jahre. Weitere Anstrengungen werden erforderlich sein, um das Rentenstrafrecht restlos zu beseitigen. Die Dessauer Mitglieder stehen hinter den Bemühungen des Vorstandes. Sie bewerten hoch die Tätigkeit des Gutachters Prof. Azzola und der Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert. Möge sich aus dem Hoffen 1999 ein zählbares Ergebnis, Beseitigung des Rentenstrafrechts, ergeben.“

Der Vorstand der TIG Frankfurt/Oder hat zum Jahreswechsel einen Brief an alle Mitglieder gerichtet, in dem für die geleistete Arbeit gedankt und Rechenschaft gelegt wurde. Ausgehend von der positiven Bilanz wurden für 1999 als Schwerpunkte die weitere Mitgliederwerbung und das verstärkte Schreiben an den Petitionsausschuß und an Politiker gestellt. Auf die ersten Petitionen liegen Antworten des Petitionsausschusses vor. Sie besagen, daß „aufgrund sachgleicher Eingaben erneut Ermittlungen eingeleitet wurden.“ Bereits im Januar 1999 konnten fünf neue Mitglieder gewonnen werden.

## SPD-Sozialexperte antwortet ISOR-Vorstand

Mit Datum vom 28. Januar 1999 antwortete der stellv. Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, RUDOLF DRESSLER, auf ein Schreiben des ISOR-Vorstandes. In seiner Antwort heißt es u. a.:

„... Ich stimme Ihnen zu, daß auch nach der erfolgten Änderung im ostdeutschen Rentenrecht Elemente des politischen Strafrechts fortbestehen. Der grundsätzlich falsche Weg, Rentenbiographien politischen Werturteilen zu unterziehen, wird nicht verlassen.

Die SPD hat in der Diskussion natürlich begrüßt, daß der Kreis der Bestraften deutlich eingeschränkt worden ist. Insofern haben unsere Ihnen bekannten politischen Bemühungen auch Erfolg gehabt. Da jedoch die Strafrechtselemente des AAÜG prinzipiell beibehalten werden, ist das Gesetz weiterhin mit einem hohen verfassungsrechtlichen Risiko behaftet und konnte daher die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion nicht finden. An dieser Position halten wir auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung fest. Vor einem erneuten Gesetzgebungsverfahren werden wir die in Kürze anstehenden Urteile des Bundesverfassungsgerichtes abwarten, um auf der Grundlage der dort formulierten Kriterien eine Revision dieses Gesetzes vorzunehmen.“

(Unterstreichungen von R. Dreßler)

Am 7. Januar beschäftigte sich die Sendereihe „Vor Ort“ im Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) mit der Straffrente des AAÜG. Bedauerlicherweise wurde diese Problematik mit dem Versorgungsunrecht und auch der aus unserer Sicht ungenügenden Entschädigung von Personen, die durch politische Entscheidungen in der DDR geschädigt wurden, verquickt. Dadurch wurde keines der Probleme umfassend und ausreichend behandelt, was zu bedauern, aber nicht zu ändern ist. Trotzdem war es sehr wichtig, daß dieses Problem der Straffrenten endlich einmal durch das Fernsehen aufgegriffen und öffentlich gemacht wurde. Dafür sei der Redaktion „Vor Ort“ des ORB Dank gesagt. Zweierlei hat die Sendung deutlich gemacht:

- Eine TED-Befragung, an der sich lt. Auskunft des Fernsehens fast 9000 Anrufer beteiligten, ergab, daß sich fast 60 Prozent der Anrufer gegen eine Bestrafung der ehemaligen „DDR-Elite“ durch Rentenkürzung aussprachen.
- Die Ausführungen, insbesondere von Prof. Dr. Azzola, Prof. Dr. Wesel (FU Berlin) und RA Dr. Christoph machten die Grundgesetzwidrigkeit der Straffrente deutlich.

Leider kamen Vertreter unserer Gemeinschaft,

## Vor Ort

der Vorsitzende Horst Parton und sein Stellvertreter Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, obwohl vorgesehen, nicht zu Wort. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

### Aus der Diskussion:

Prof. Axel Azzola: „Das Rentenversicherungsrecht ist etwa 120 Jahre alt. Dieses Jahrhundert ist 99 Jahre alt. In diesem Jahrhundert hat es in Deutschland fünf große politische Brüche gegeben. Alle diese politischen Brüche waren begleitet mit politisch-moralischen Unwerturteilen. Die einzigen, die es gewagt haben, die politisch-moralische Neutralität des deutschen Rentenversicherungsrechts anzutasten, waren die Nazis, und die zweiten waren die Bundesdeutschen – aber erst nach der Einheit.“

Prof. Uwe Wesel: „Man muß ... unterscheiden zwischen Renten auf der einen und staatlichen Versorgung auf der anderen Seite und es ist schon sehr problematisch, wenn man Renteneinkünfte kürzt, die vom Einigungsvertrag garantiert waren und die erst später vom Bundesgesetz wieder zurückgenommen worden sind. ...

Es geht zu weit, wenn erworbene Renten gekürzt werden.“

Zu dieser ORB-Sendung schrieb unser Freund Hans Gödicke aus Gräfenhainichen seine Meinung: „Die Kernaussage Prof. Azzolas und die zustimmenden Erklärungen anderer waren das Positive aus rechtswissenschaftlicher Sicht. Die ‚Unterdrückten‘ betrieben Populismus in Höchstform, auf den nicht alle hereinfließen. Es zeigte sich Unkenntnis in der Rechtslage und unqualifizierte Arbeit der Moderation zur Themengestaltung. Es zeigt sich erneut, daß Rechtsprechung nicht von Ideologie ersetzt werden kann. Das waren wohl auch die ‚Qualen‘, an denen Prof. Azzola als Teilnehmer der Veranstaltung litt. Die Sendung erbrachte den Beweis, daß er uns immer ein guter Berater war und ist. Der Nachholebedarf zur Würdigung der Bewertung der Rechtslage auch bei den Betroffenen ist nach wie vor groß – ein Aktionsfeld unseres Vereins. War das überhaupt eine Veranstaltung, die dazu beitragen konnte oder sollte, die Einheit zu fördern?“

Für interessierte TIG: Mitschnitte der Sendung können in beschränkter Anzahl kurzzeitig in der Geschäftsstelle ausgeliehen werden.

## Aus der Postmappe

Dietmar P. aus Berlin-Marzahn, schrieb an den Vorstand:

„Ich bedanke mich persönlich ganz herzlich für Eure 1998, ganz in meinem Sinne geleistete Arbeit zur Durchsetzung sozialer Rentengerechtigkeit. Auch ich hoffe ganz entschieden, daß das neue Jahr durch eine (erzwungene) vernünftige politische Entscheidung des BVG einen Durchbruch bei der Beseitigung des Rentenstrafrechts bringt.

In diesem Sinne sollte auch nach organisatorischen Wegen gesucht werden, alle Mitglieder der ISOR, soweit möglich, enger an die ISOR zu binden. Ich meine damit, daß die Kassierung der Mitgliedsbeiträge nicht die einzige Handlung sein sollte, den Kontakt zum Mitglied zu suchen (vom Versand der Informationsblätter mal ganz abgesehen). So könnte ich mir vorstellen, daß es im Territorium von Marzahn durchaus Mitglieder geben wird, die Interesse an Mitgliederversammlungen und anderen Informationsveranstaltungen haben. Das könnte dann auch ein Weg sein, um neue ISOR-Mitglieder zu gewinnen.“

★

Aus Braunschweig schrieb Wolfgang Kiegeland: „Als ehemaliges aktives Mitglied im Berufsverbandskomitee ‚Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb‘ in Braunschweig ist es für mich und darüber hinaus für viele ... Mitbürger Herzensache, sich für die berechtigten Forderungen von früheren DDR-Bürgern unnachgiebig einzusetzen. Wir fordern daher von Bundesregierung und Bundestag ein sofortiges Aufhe-

ben des diskriminierenden Rentenstrafrechts und all seiner Folgen ...

Solidarität in Ost und West, damals wie heute ist eine zwingende Notwendigkeit, ein Gebot der Stunde.“

## Aus der Vorstandsarbeit

Auf seiner Sitzung am 27. Januar führte der Vorstand einen Gedankenaustausch zu den Aufgaben im Jahr 1999 und darüber hinaus, besonders nach der Entscheidung des BVerfG und mit den Impulsen, die von der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Beirat ausgingen. Mit Interesse nahm er die Intensivierung des Zusammenwirkens mit dem Kuratorium ostdeutscher Verbände, BRH und dem DBwV Ost zur Kenntnis. So erhielt der Vorsitzende Horst Parton anlässlich des Jahreswechsels ein Schreiben vom Landesvorsitzenden des DBwV Ost, Holger P. Reimer.

Des Weiteren wurden vorbereitende Maßnahmen zur Aufstellung des Haushaltsplanes 1999 beraten.

## AG Recht informiert

### Achtung: Neues zur Widerspruchsführung gegen Entgeltbescheide und Rentenbescheide

Das Bundessozialgericht hat in ständiger Rechtsprechung die Verantwortung der Versorgungsträger und der Rentenversicherungsträger für Entgeltkürzungen nach AAÜG neu abgegrenzt. Das Bundesverwaltungsamt reagiert darauf mit einer neuen Gestaltung der Entgeltbescheide. Andere Versorgungsträger können folgen.

Die Änderung hat Bedeutung für Entgeltbescheide, die erstmalig erteilt werden. Ebenso ist aber damit zu rechnen, daß in einigen Fällen anstelle der bisher erteilten Bescheide neue Bescheide ergehen.

In den neuen Bescheiden des Bundesverwaltungsamtes heißt es: „Die ebenfalls aufgeführten nach § 7 in Verbindung mit Anlage 6 (AAÜG) berechneten Entgelte nach AAÜG habe ich dem Rentenversicherungsträger im Wege der Amtshilfe mitgeteilt. Sie sind nicht Bestandteil des Bescheides.“ Daraus folgt, daß ein Widerspruch gegen einen solchen Entgeltbescheid wegen der Kürzung nach AAÜG an das Bundesverwaltungsamt neuerdings unzulässig ist. Grund dafür ist die Rechtsprechung des BSG, in der es heißt, der Versorgungsträger habe nur zu entscheiden, ob die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2, 3 und 5 oder § 7 AAÜG erfüllt sind (hauptsächlich: Zugehörigkeit zu einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem oder Gleichstellung damit). Hieran knüpfe das Gesetz und nicht der Bescheid des Versorgungsträgers die Rechtsfolge, daß der Rentenversicherungsträger eine niedrigere (also 0,7 oder 1,0) als die allgemeine Beitragsbemessungsgrenze anwenden müsse. Zu deutsch: die Kürzung nimmt der Rentenversicherungsträger mit dem Rentenbescheid vor.

Der Widerspruch muß also unter dieser Voraussetzung neuerdings gegen den Rentenbescheid geführt werden, der auf der Grundlage eines solchen neuen Entgeltbescheides ergeht.

Um in dieser komplizierten Situation Rechtssicherheit zu gewährleisten, empfehlen wir, bei solchen neuen Entgeltbescheiden anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Alle Verfahren gegen ältere Entgeltbescheide werden wie bisher fortgeführt. Rechtsnachteile können dadurch nicht entstehen. Im Zweifelsfall ist telefonische Rückfrage bei einem sachkundigen Anwalt zu empfehlen.



## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



HANS BIEDERSTÄDT, Stralsund  
 HORST BIRKA, Weißwasser  
 MAX BRODE, Aschersleben  
 KARL-HEINZ CZINZECK, Görlitz  
 MAX DRESE, Aschersleben  
 HEINZ ENGLER, Halle  
 WERNER FURLE, Leipzig  
 ALFRED GROTH, Berlin-Köpenick  
 RUDOLF HELLE, Strausberg  
 KÄTHE HENDRICH, Potsdam-Waldstadt  
 HELMUT KAMMER, Görlitz  
 WALTER KEIL, Berlin-Marzahn  
 KARL KLOSKA, Bitterfeld  
 ANNA KRÜGER, Berlin-Treptow  
 EDITH KRUMPA, Döbern  
 GÜNTER LEßMANN, Berlin-Treptow  
 CHARLOTTE MÄNNCHEN, Berlin-Friedrichshain  
 KURT MELCHERT, Magdeburg  
 ALFRED MORAWIETZ, Berlin-Lichtenberg  
 KARL MÜLLER, Potsdam-Golm  
 REINHOLD PASCHKE, Eilenburg  
 RUDOLF POPP, Putzkau/Bischofswerda

DIETER RAUSCHENBACH, Königswusterhausen  
 WERNER REINHARDT, Berlin-Friedrichshain  
 HEINZ REIßIG, Berlin-Friedrichsfelde  
 GUSTAV REYSA, Suhl  
 MANFRED RÜLL, Zeitz  
 WERNER SACHSE, Bitterfeld  
 DIETER SANTUARI, Annaberg-Buchholz  
 PHILIPP SCHMITT, Berlin-Mitte  
 HEINZ SCHREIBER, Berlin-Hohenschönhausen  
 GERHARD SCHRÖDER, Berlin-Pankow  
 HANS-DIETER SCHUBERT, Stralsund  
 KURT SCHULZE, Berlin-Hohenschönhausen  
 HILDE SLAPKE, Dresden  
 HEINZ STEINBOCK, Berlin-Köpenick  
 HANS-SANDOR STROEHER, Halle  
 MANFRED VOGEL, Halle  
 HEINZ WALLEND, Schildow  
 HERBERT WEINER, Berlin-Friedrichshain  
 HERBERT WERNER, Erfurt  
 WERNER ZEISLER, Berlin-Friedrichsfelde  
 HILDA ZEUNER, Berlin-Lichtenberg

**Ehre ihrem Andenken.**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.  
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin  
 Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat  
 29 78 43 16 - Geschäftsführer  
 29 78 43 17 - AG Finanzen  
 29 78 43 18 - AG Recht  
 29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit  
 „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr  
 Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
 c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**